

16.07.1945 – vor 70 Jahren erster Atombombentest der USA

19.07.1950 – vor 65 Jahren gründeten verschiedene jüdische Organisationen in Frankfurt am Main den „Zentralrat der Juden“ in Deutschland

28.07.1990 – vor 25 Jahren 1. Landesparteitag der PDS in Sachsen-Anhalt (bis 29.07.).
Roland Claus wurde zum Vorsitzenden des Landesvorstandes gewählt.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

7. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

07. Juli 2015

Der neue Landesvorstand der LINKEN in Sachsen-Anhalt ist komplett.

Dem 18-köpfigen Gremium gehören neun Frauen und neun Männer an. Als Landesvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt wurde Birke Bull mit 87,2 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Als Stellvertreter/innen wurden Doreen Hildebrandt gewählt sowie Jörg Schindler und Andreas Höppner im Amt bestätigt. Als Landesgeschäftsführerin wurden Tatjana Behrend und als Schatzmeister Dr. Hans-Joachim Bittrich wiedergewählt. Der Landesvorstand wird für eine zweijährige



Amtszeit bestimmt. Wir danken allen ehemaligen Mitgliedern für ihre Arbeit im Landesverband! Wir danken allen Kandidierenden, gratulieren den Gewählten und wünschen eine gute Amtszeit.

Neben Achim Bittrich als Landesschatzmeister wurde aus unserem Stadtverband Swen Knöchel in den Landesvorstand und in den Bundesausschuss, in dem auch Ute Haupt wiedergewählt wurde, gewählt. Desweiteren werden Lydia Roloff ihre Tätigkeit in der Landesschiedskommission sowie die Genossen Wolf-Rüdiger Gerboth und Ulrich Krimmling in der Landesfinanzrevisionskommission fortsetzen.

Gründung einer landesweiten Schlichtungskommission

Der Landesvorstand hat am 10.03.2015 beschlossen, für DIE LINKE Sachsen-Anhalt eine landesweite Schlichtungskommission zu bilden. Ziel der Arbeit der Schlichtungskommission ist die gütliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern*, Funktionsträger*innen und Organen der Gliederungen innerhalb des Landesverbandes. Schlichtung als Arbeitsansatz bei Konflikten bedeutet Vermittlung und basiert auf der Freiwilligkeit der beteiligten

Konfliktparteien und der Bereitschaft zu einem konstruktiven, gemeinschaftlichen Umgang miteinander. Schlichtung ist ein Weg, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten oder Konflikte durch interessengerechtes Verhandeln zu beseitigen oder zu lösen. Die konstituierende Sitzung der Landesschlichtungskommission, im Zuge derer ebenso die für eine effektive Handlungsfähigkeit grundlegende Geschäftsordnung verabschiedet wurde, weiter auf Seite -2-

Gründung einer... Fortsetzung von Seite -1-

fand am 13.04.2015 in Magdeburg statt. Die derzeitigen Mitglieder* der Schlichtungskommission sind der Homepage des Landesverbandes unter „Landesgremien“ zu entnehmen, auf der auch die Geschäftsordnung als PDF hinterlegt ist. Koordinator der Schlichtungskommission ist Michael Ney (Stadtverband Magdeburg). Per Email ist die Schiedskom-

mission unter ls@dielinke-lsa.de zu erreichen, telefonisch über die Landesgeschäftsstelle.

Die Schiedskommission freut sich über weitere an der Mitarbeit interessierte Mitglieder aus allen Kreisverbänden.

Landesschlichtungskommission für DIE LINKE.
Sachsen-Anhalt

Beitragsehrlichkeit - Beitragstabelle

Beschluss der 3. Tagung des 4. Parteitages

Die Partei und ihre Gliederungen verstärken ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Beitragseinnahmen, mit dem Ziel, stärker als bisher die Eigenfinanzierung aller Landesverbände sicher zu stellen, um mehr Mittel für die politische Arbeit und für Wahlkämpfe einsetzen zu können. Dazu ist es erforderlich:

1. Die Mitgliedergewinnung und Mitgliederpflege noch stärker als bisher zu einem ständigen Schwerpunkt der Arbeit aller Gliederungen zu machen.

2. Alle Mitglieder davon zu überzeugen, dass ohne die Zahlung eines tabellengerechten Beitrags, die finanzielle Handlungsfähigkeit insbesondere der Landesverbände langfristig nicht zu sichern ist und in allen Gliederungen der Partei - die das bisher noch nicht getan haben - entsprechende Aktivitäten einzuleiten.

3. Für die Zukunft einen Einstiegsbeitrag zu beschließen, der die Selbstkosten - die er erzeugt - auch weitgehend selbst deckt und die Beitragstabelle der Partei DIE LINKE wie folgt zu verändern: Gestrichen wird in der bisherigen Tabelle von Zeile 1 ab „unter 400 Euro“ bis „1,50 Euro“ und in Zeile 2 „über 400 Euro“. Die Tabelle beginnt neu mit „bis 500 Euro“. Die Veränderung wird zum 31. August 2015 in Kraft gesetzt, wobei die Mitglieder, die bisher satzungsgemäß einen Beitrag von 1,50 Euro gezahlt haben, bis zum 31. Dezember 2015 dem Vertrauensschutz unterliegen.

4. Die Partei DIE LINKE will in besonderer Weise die Interessen von Menschen in prekären Lebensverhältnissen und mit geringen Einkommen vertreten. Das soll auch zukünftig in der Gestaltung der Beitragstabelle deutlich werden. Der Beitrag für Mitglieder ohne Einkommen (z.B. Schülerinnen und Schüler), von Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung und Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsyblG) wird für diese Einkommensgruppen auf monatlich 1,50-Euro festge-

legt. Diese Veränderung gilt ab 1. Januar 2016. Für Mitglieder, die in besonderen Lebenssituationen aus sozialen Gründen auch diesen Beitrag vorübergehend nicht entrichten können, gilt auch zukünftig die Möglichkeit der Beitragsfreistellung.

Die neue Tabelle lautet:

Mitglieder ohne Einkommen und Transferleistungsbeziehende* 1,50 Euro

Monatliche Einkünfte und Bezüge in Euro	Monatlicher Mitgliedsbeitrag in Euro
bis 500	3,00
über 500 bis 600	5,00
über 600 bis 700	7,00
über 700 bis 800	9,00
über 800 bis 900	12,00
über 900 bis 1000	15,00
über 1000 bis 1100	20,00
über 1100 bis 1300	25,00
über 1300 bis 1500	35,00
über 1500 bis 1700	45,00
über 1700 bis 1900	55,00
über 1900 bis 2100	65,00
über 2100 bis 2300	75,00
über 2300 bis 2500	85,00
darüber	4 Prozent des Nettoeinkommens

* Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung und Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsyblG)

Aus der Stadtratssitzung vom 24. Juni 2015

Über die neue Geschäftsordnung des Stadtrates wurde noch nicht abgestimmt, erst im September werden wir es tun. Eine neue Geschäftsordnung wird notwendig, weil es neue Gesetzgebungen auf der Landesebene gibt.

Nach langem Verschieben wurde der Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ beschlossen. Unsere Fraktion hatte bereits im Vorfeld kritisiert, dass ein neues Verwaltungsgebäude für die Stadt Halle (Saale) derzeit nicht notwendig wäre. Auch andere Fraktionen haben diese Meinung geäußert, so dass der Beschluss zwar gefasst wurde, aber alles was auf ein Verwaltungsgebäude der Stadt Halle (Saale) hinwies, herausgenommen wurde! Der Oberbürgermeister hatte sich dazu auch in seinem Bericht im Stadtrat geäußert. Er betonte, „Investoren erwarten eine sofortige Bebaubarkeit“. Da das derzeit nicht möglich ist, hat man sich entschieden, den Riebeckplatz als neuen Verwaltungsstandort aufzugeben und nur ein normales Bürogebäude zu errichten.

Beschlossen wurde auch der B-Plan „Dölau – Wohngebiet am Heideweg“. Es gab zu diesem Vorhaben auch schon im Vorfeld viele Diskussionen und Proteste, das ursprüngliche Projekt wurde bereits „abgespeckt“. Eine breite Mehrheit stimmte dem jetzigen B-Plan zu.

Heftige Diskussionen wurden zum Punkt „Stadtbahnprogramm Halle, Merseburger Straße Nord“ geführt. Etwas zugespitzt kann man die Debatte so einschätzen: „Autofahrerlobby“ gegen „Radfahrer und Fußgänger“. Die Vorlage der Verwaltung sieht vor, dass die Merseburger Straße zwischen Riebeckplatz und Thüringer Straße eine „überbreite Fahrspur“ erhält. Unsere Fraktion hat der Vorlage der Verwaltung zugestimmt. Die Vorstellungen z.B. der CDU-Fraktion, einen gemeinsamen Geh- und Radweg zu gestalten, damit die Vierspurigkeit der Straße gewährleistet wird, haben wir nicht zugestimmt. Gerade auf dieser Straße fahren auch viele Radfahrer. In diesem nun so beschlossenen Abschnitt wird es also einen Radweg geben und Autos können aneinander vorbeifahren, jedoch können LKWs nicht überholt werden. Ein Kompromiss!

Ohne größere Diskussionen wurde der Grundinstandsetzung der Elisabethbrücke zugestimmt sowie dem Bau einer Sporthalle am Steg und der Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Förderprogramm

„Schulerfolgsichern“.

Dem Antrag unserer Fraktion zu einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen wurde im Rat zugestimmt. Diskussionen ergaben sich zum gemeinsamen Antrag unserer Fraktion, der SPD und der Grünen zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis. Es geht hier nur um Einzelfälle, dennoch gab es schon Situationen, dass Geschwisterkinder eine Ablehnung von der Stadt bekamen. Mit dem Beschluss soll so etwas nicht wieder vorkommen!

Soll der Mühlgraben für Paddler und Ruderer geöffnet werden und soll an der Ziegelwiese eine Strandbar entstehen? Unsere Fraktion konnte sich nicht für den Vorschlag eines Stadtrates der CDU begeistern, zumal der Pächter dieser Strandbar noch Ermäßigungen bekommen sollte (nach Antrag). Katja Müller argumentierte für unsere Fraktion und begründet, dass es genügend gastronomische Angebote dort gäbe und es für sie völlig unverständlich sei, warum die Ermäßigung sein soll.

Katja Müller: „Die CDU wolle Kapitalismus, dann müsse sie auch mit den Folgen leben“. Der Antrag wurde in verschiedene Ausschüsse verwiesen.

Unser Antrag zur Errichtung eines „Welcome-Centers“ wurde auch in die Ausschüsse verwiesen. Unser Anliegen ist es, möglichst viele Behörden, Dienstleistungs- und Hilfsangebote für Asylbewerber, EU-Bürger und ausländische Studierende unter einem Dach zu etablieren, um unnötige Wege etc. zu vermeiden. Ute Haupt begründete den Antrag und führte u.a. aus: „Wie eine Stadt ihren Neubürgern begegnet, sagt viel über sie selbst aus“. Der OB machte deutlich, dass der Antrag unzulässig sei, weil er in die Handlungsmechanismen des OB eingreife. Wir werden jetzt mit den anderen Fraktionen im Ausschuss beraten, wie wir das Anliegen des Antrages in eine andere Form bringen, damit er eine Zustimmung erfährt!

Auch der weitere Antrag unserer Fraktion zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Gebiet um die ehemalige Eissporthalle wurde in den Ausschuss verwiesen. Ziel des Antrages ist es, dass in diesem Gebiet nicht wieder gebaut wird. Swen Knöchel führte aus „Mit dem Antrag wollen wir deutlich machen, dass wir in diesem Gebiet keine weitere Bebauung wünschen. Man baut nicht im Hochwassergebiet“.

Ute Haupt, Stadträtin

Debatte zur Entlastung Alleinerziehender und Eltern vom 18.06.2015 im Bundestag

(Mathias Bothe) Interessant ist hier, dass besonders Kinder in wohlhabenden, einkommensstarken Familien profitieren, aber Familien mit sozialen Transferleistungen profitieren gar nicht. Dies ist insbesondere deshalb interessant, wenn man die Zielsetzung betrachtet, so sollte bspw. für ein Existenzminimum gesorgt und die Kinderarmut gelindert werden. Es ist also überraschend, dass gerade jene Kinder, die von Armut betroffen oder bedroht sind, wenig oder gar nicht profitieren. Auch erst nächstes Jahr erfolgt eine weitere Anpassung für Geringverdiener. Lisa Paus (Bündnis 90/die Grünen) kritisierte, dass so nicht mal das verfassungsrechtlich Notwendige umgesetzt wird. Dieses Thema ist für Halle keineswegs unwichtig: 38% der Kinder in Halle gelten als von Armut betroffen oder bedroht. Diese in Armut lebenden oder von Armut bedrohten Kinder, denen eigentlich geholfen werden sollte, profitieren faktisch gar nicht! Die Entlastungen am oberen Ende der Einkommenspyramide zeigen, dass Hilfe möglich wäre, aber für das untere Ende der Einkommenspyramide wohl einfach nicht gewollt ist.

Wir müssen den Grundsatz einer sparsamen Haushaltsführung berücksichtigen, war ein Argument von Herrn Philipp Graf Lerchenfeld (CSU) - dann wäre die richtige Reaktion doch gewesen, das Gesetz so zu gestalten, dass gerade die Kinder in Bedarfsgemeinschaften profitieren und eben NICHT die Kinder in Familien mit hohem Einkommen, das wäre nicht nur logischer, sondern würde auch dem Ziel deutlich näher kommen, für ein gutes Existenzminimum zu sorgen. Diese Art der Gestaltung wirft die Frage auf, ob wirklich versucht wird, der Armut entgegenzuwirken oder ob nicht doch eher auf eine weitere Spaltung gesetzt wird. Mit klarem Menschenverstand ist dies so zumindest nicht nachvollziehbar. Weiter argumentierte er mit dem verfassungsmäßigen Prinzip, dass Ehe und Familie besonders geschützt werden müssten. Warum dieser Schutz besonders am oberen Ende der Einkommenspyramide notwendig ist und weniger am Unteren, entzieht sich meinem Verständnis.

Der Argumentation der Frau Nadine Schön (CDU) hat eigentlich nur noch gefehlt: „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit.“ – In einer Debatte zur Entlastung von Kindern, zur Linderung von Kinderarmut, anzu-

führen das, wer arbeitet mehr haben muss, fehlt doch irgendwie Sozialkompetenz – warum ein Kind (welches sicher nicht arbeitet oder dies zumindest nicht sollte) aus einer einkommensstärkeren Familie automatisch mehr haben muss als andere Kinder, ist mir jedoch in diesem Sinne ein Rätsel – zumal es eben nicht jene Kinder in einkommensschwachen Familien sind, die hier profitieren, sondern vor allem aus Einkommensstarken. Dass das Einkommen häufig nicht viel mit dem Arbeitsaufwand zu tun hat oder mit den Bemühungen, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu erhalten, lässt solche Argumentationen weiter als eine Art „schlechter Witz“ erscheinen. Auch die weiteren Ausführungen zur „Schwarzen 0“ konnten nicht wirklich Licht in das Dunkel bringen. Will man wirklich etwas zur Entlastung von Eltern tun und will man vor allem die Kinderarmut eindämmen und will aber darauf achten, dass die Finanzierung steht, so macht es doch keinen Sinn, gerade diejenigen an der Spitze der Einkommenspyramide besser zu stellen und jene am unteren Ende der Einkommenspyramide leer ausgehen zu lassen – außer man geht davon aus, dass die Oberen plötzlich anfangen zu teilen. Es ist schon interessant, welche Eltern nach Ansehen der Regierung am meisten Unterstützung brauchen. Dass besonders das Kind der Managerin/des Managers stärker gefördert werden soll als jenes des Edeka-Kassierers/der Edeka-Kassiererin, welche möglicherweise trotz Vollzeitarbeit Transferleistungen erhält, geht vollkommen am Ziel der Linderung der Kinderarmut vorbei.

Auch die Argumentation der Frau Manuela Schwesig (Bundesministerin für Familie Senioren, Frauen und Jugend) weist deutliche Mängel auf. „Heute ist ein guter Tag für Familien; denn wir bringen ein milliardenschweres Entlastungspaket für Familien auf den Weg. Das ist eine gute Nachricht für alle Familien in Deutschland.“ Wie ich schon geschrieben habe und auch schon in der Debatte zu diesem Zeitpunkt zu hören war: Eben nicht für alle Familien, insbesondere nicht für die wirklich von Armut betroffenen oder bedrohten! Und auch sie bringt das Argument der „hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ zur kalten Progression. Interessant ist auch, dass sie argumentiert „Ich bitte wirklich darum, dass jeder Euro für die Familien wertgeschätzt wird; denn es gibt

viele Familien in unserem Land, die auf jeden einzelnen Euro angewiesen sind.“ - und dennoch sind es gerade diese Familien, für die besonders wenig getan wird. Ferner sagte sie „Ich sage ganz ehrlich und freimütig: Mir ist die Anhebung des Kinderzuschlages wichtiger als die Anhebung des Kinderfreibetrages; denn das ist eine ganz konkrete Maßnahme zur Bekämpfung der Kinderarmut.“ – Jedoch wurde der Kinderfreibetrag [U1] eher minimal erhöht und gerade mal auf das Verfassungsmäßig erforderliche Niveau. Es wird für die Sozialschwächsten weiterhin Minimalismus betrieben und argumentiert, dass sie davon den größten Nutzen hätten. Ja, es Stimmt schon, eine von Armut bedrohte oder betroffene Familie hat von 6 Euro mehr einen größeren Nutzen als ein Hochverdiener von einer weiteren 20 Euro Steuerersparnis, aber das kann doch kein Argument für Minimalismus am untersten Ende weiter zum Nutzen der obersten 10% sein. Sozial geht anders. Wenn ich dies als Sozial bezeichnen würde, gehörte dieser Artikel wohl in eine Satirezeitschrift.

Nun, da es dazu gehörte, noch ein paar Worte zur Bekämpfung der kalten Progression, welche ebenfalls Teil dieser Debatte war. Viele Worte braucht es hier nicht. Sehr viel Geld (1,4 Mrd. Euro) wird hier in die Hand genommen, was allerdings bei den niedrigen und mittleren Einkommen nicht ankommt, sondern vor allem bei den Beziehern hoher Einkommen. Dies ist eine Unterstreichung einer Politik der oberen 10%.
Quellen: Liveübertragung am 18.06.2015 auf Phoenix von 08:30-11:30

Stenografischer Bericht 112. Sitzung des deutschen Bundestags
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18112.pdf>

Schlussbemerkung:

Bedarfsgemeinschaften profitieren nicht, hier wird das Kindergeld in voller Höhe auf die Leistung angerechnet und entsprechend gibt es hier, wo es am dringendsten nötig wäre, keine Verbesserung.

[U1]2010: 7008 Euro

Kinderfreibetrag: 2010: 7008 Euro je Kind

Kindergeld: 1. ,2. Kind: 184 Euro

3. Kind: 190 Euro

4. Kind: 215 Euro

Kinderfreibetrag : neu: 7152 Euro



Auf dem Grab von Karl Meseberg ist jetzt die Patenschaft unserer Partei ersichtlich. Danke an alle Genossinnen und Genossen, die dies möglich machten.

Senioren-Cafe'

am 29. Juli im LiLa 14:30 Uhr

„Wie die DDR sich und Schinkel neu erfand - Wiedereröffnung des Schauspielhauses in Berlin 1984“

Filmveranstaltung mit Gen. Jürgen Stenker

Vorschau: Senioren-Cafe' am 26. August im LiLa 14:30 Uhr

„Kultur braucht Geld“ - Kultur (k)eine freiwillige Leistung? Gesprächspartner:

Dr. Erwin Bartsch, Rudenz Schramm



PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 28. August 2015

Beginn: 14 Uhr

Ende: gegen 18 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150,

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis. Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr

Aus dem Saalekreis:

Andrei Fischer zum Direktkandidaten im Wahlkreis 40 Querfurt gewählt

Am Samstag, dem 13. Juni 2015, fand die Wahl des Direktkandidaten im Wahlkreis 40 (Querfurt) in Nemsdorf-Göhrendorf statt. Um die Direktkandidatur bewarben sich zwei Parteimitglieder und der parteilose Andrei Fischer, welcher bereits für DIE LINKE im Gemeinderat von Barnstädt ist und kürzlich auch für diese Bürgermeisterkandidat dort war. Andrei Fischer setzte sich in einem zweiten Wahlgang gegen den Stadtrat Michael Reinhardt aus Mücheln durch. Bereits im ersten Wahlgang schied der junge Kandidat, Peer Pallesche, aus dem Burgenlandkreis aus. Andrei Fischer ist 33 Jahre alt, arbeitet als Lehrer im thüringischen Roßleben. Im Falle einer Wahl in den Landtag möchte er sich insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik engagieren.



Merseburg stellt sich quer

Unter diesem Motto hatte das Merseburger Bündnis gegen Rechts aufgerufen, sich auch in diesem Jahr mit zahlreichen Veranstaltungen, Kundgebungen und friedlichen Aktionen dem anlässlich des 17. Juni geplanten Naziaufmarsch in Merseburg entgegenzustellen und Nazis keinen Raum zu lassen. Zahlreiche Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE Saalekreis waren mit insgesamt drei Ständen an unterschiedlichen Standorten dabei, um das Konzept mit umzusetzen.

Seit mehreren Jahren versuchen Neonazis vor allem in Merseburg das Erbe derjenigen, die am 17. Juni 1953 für Demokratie und Menschenrechte auf die Straße gegangen sind, für sich zu reklamieren. Dies sei unerträglich, sagte Dietrich Altmann, Mitglied im Koordinierungsrat des Bündnisses gegen Rechts vom Kreisverband DIE LINKE Saalekreis im Aufruf des Bündnisses.

Anders als im letzten Jahr, als der Zug der Neonazis schon wenige Meter vom Bahnhof der Stadt beendet war, gelang die Durchführung eines der zwei angemeldeten Märsche. Die demokratischen Kräfte konnten jedoch trotz massivem Polizeischutz der Rechten einen Zusammenschluss beider Demonstrationzüge durch eine Sitzblockade verhindern. Und diejenigen, die ihren Marsch zum Markt realisiert hatten, erwartete dort eine böse Überraschung: Eine Abschlusskundgebung war wegen der Beschallung des Marktes durch die Teilnehmer des Bündnisses gegen Rechts unmöglich.

Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber im Wahlkreis 33 Saalekreis

Termin: 29.08.2015

Uhrzeit: 10:00 Uhr

Ort: Volkssolidarität Senior / Junior-
treff, Herrmann-Duncker-Straße 10a,
06179 Teutschenthal

Dank der engagierten Unterstützung antifaschistischer Kräfte aus vielen anderen Orten, so aus Halle und Leipzig, waren die Aktionen des Bündnisses gegen Rechts erfolgreich und die Merseburgerinnen und Merseburger standen nicht allein. Es ist wahrscheinlich, dass auch in den kommenden Jahren immer wieder demokratiefeindliche Demonstrationen in Merseburg durchgeführt werden sollen. Ihnen die Lust darauf zu verderben, braucht es noch viel mehr Courage und Unterstützung durch die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Merseburg und des Saalekreises.

Fotos: Kreisverband Saalekreis

Text: Kerstin Eisenreich



Ergebnisse der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Saalekreis vom 04.07.2015 zur Neuwahl des Kreisvorstandes

Kreisvorsitzender

Alexander Sorge

Stellvertreterinnen

Angelika Hunger

Daniela Müller

Kreisschatzmeister

Uwe Ritter

weitere Mitglieder

Petra Ernst

Sabine Krems

Jürgen Butzkies

Jeremy Kolbe

László Müller

Daniel Schulz

Detlef Walloch

Finanzrevisionskommission

Ulrike Müller

Dietrich Altmann

Linke Power für das Frauenhaus

Gleich zweifach haben die Mitglieder der linken Stadtratsfraktion sowie der Kreistagsfraktion Ende Juni für den Förderverein „Frauen helfen Frauen e.V.“ zugepackt. Mit geballter Muskelkraft sowie maschineller Unterstützung ging es dem Unkraut und der hochgewachsenen Wiese an den Kragen und in wenigen Stunden hatte sich der Garten wieder in ein ansehnliches Stück Grünland verwandelt. Aber beide Fraktionen hatten für Frau Brock und das Frauenhaus noch eine Überraschung bereit: 200 Euro hatten die Fraktionsmitglieder gespendet und konnten nun den Spendenscheck überreichen. „Wir sind uns sicher, dass das Geld gut angelegt ist“, sagte Michael Finger, Vorsitzender der linken Stadtratsfraktion und Mitglied der Kreistagsfraktion. Letztere hatte sich aufgrund der im letzten Jahr beschlossenen Erhöhung der Aufwandsentschädigung entschieden, einen Teil dieser Erhöhung für gute Zwecke zu spenden. Diese Aktion war ein Teil in Erfüllung dieses Vorhabens.



Fotos und Text: Kerstin Eisenreich

Auf dem Kreisparteitag der Linken im Saalekreis wurde der alte Vorstand entlastet und ein neuer Kreisvorstand gewählt. Neben erfahrenen Mitgliedern wird der Vorstand nun auch durch viele junge Mitglieder repräsentiert. Der bisherige Sprecherrat, bestehend aus vier Vorstandsmitgliedern, wurde ersetzt durch einen Kreisvorstandsvorsitzenden und zwei Stellvertreter.

Alexander Sorge aus Bad Lauchstädt ist der neue Vorstandsvorsitzende, ihm zur Seite stehen Daniela Müller und Angelika Hunger als Stellvertreterinnen.

Sorge bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen und sagte, er werde die vielfältigen alten und neuen Aufgaben beherzt und gewissenhaft angehen.

„Besonders freue ich mich auf die gute Mischung aus Erfahrung auf der einen Seite und die frischen Ideen und die Motivation der jungen Mitglieder im Vorstand auf der anderen Seite.“

Die Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen, eine stärkere Vernetzung der Ortsverbände untereinander, die Gewinnung junger engagierter Mitglieder und die bevorstehende Landtagswahl sind wichtige und drängende Aufgaben, die wir zielstrebig angehen werden.

Auch die intensive Zusammenarbeit mit den benachbarten Kreisverbänden, auf der Landesebene der regelmäßige Austausch und das sich gegenseitige Befruchten werden Teile der kontinuierlichen Arbeit sein. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikation nach innen und außen gibt es viele neue Impulse, die aufgegriffen und umgesetzt werden wollen.“

Alexander Sorge

Vorstandsvorsitzender

DIE LINKE. Kreisverband Saalekreis

Kontakt:

DIE LINKE. Saalekreis

Kreisvorstand

Burgstr. 9

06217 Merseburg

Telefon: 03461-213180

vorstand@dielinke-saalekreis.de

Spende an engagierte Helfer der Asylbewerber übergeben

Seit Längerem finden Asylbewerber sowie Flüchtlinge in Merseburg in der Alten Domapotheke eine Anlaufstelle und viel Unterstützung. In diesem historischen Gebäude wohnen Studierende der Hochschule Merseburg, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Willkommenskultur zu leben und aktiv Hilfe zu leisten, wo dies erforderlich ist. So findet immer am letzten Dienstag und Donnerstag im Monat das Café Internationale statt. Asylbewerber und Flüchtlinge nutzen an diesen Tagen ihren Gang zum Sozialamt, um sich im Café zu treffen, auch viele leckere selbst bereitete kulinarische Angebote zu nutzen, Erfahrungen auszutauschen, aber auch konkrete Hilfe für das Verständnis von Behördenschreiben oder zur Lösung plötzlich auftretender rechtlicher Probleme zu finden. Ehrenamtlich engagieren sich Studierende sowie andere, vor allem junge Bürgerinnen und Bürger der Stadt und haben inzwischen ein Netzwerk mit Experten auch auf juristischem Gebiet geschaffen. Doch die Arbeit ist nicht ganz ohne finanzielle Unterstützung zu leisten.



Deshalb hatte der Kreisverband Saalekreis auf seinen Veranstaltungen am 1. und 8. Mai dieses Jahres zu Spenden für das Café Internationale aufgerufen und das Ergebnis von 150,00 Euro konnte am 28. Juni übergeben werden. Wir werden als Kreisverband die Tätigkeit der Studierenden zur Unterstützung von Flüchtlingen und Asylbewerbern weiterhin unterstützen und begleiten.

Foto: Katja Finger

Text: Kerstin Eisenreich

Eine Diskussion über Handlungsoptionen der LINKEN ist wichtig und richtig.

Im Beitrag „Wie hältst Du es mit Regierungsbeteiligung?“ (Seite 10) debattieren die Autoren das Thema in Replik auf den Artikel „Regieren in einer Demokratie: Gewinne und Verluste“ der in der vorvergangenen Ausgabe erschienen war. Eine Diskussion über Handlungsoptionen der LINKEN ist wichtig und richtig. Allerdings wird im ersten Absatz der Replik gesagt, „Der Landesvorstand scheint die Frage bereits beantwortet zu haben.“. Hierzu ist anzumerken, die Frage wurde vom Landesparteitag, also dem höchsten Gremium unserer Partei, beantwortet. Mit dem Beschluss „Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.“ am 25. Oktober 2014 und mit der einstimmigen Wahl von Wulf Gallert am 18. April 2015 hat sich der Landesparteitag klar zu einem Politikwechsel bekannt, für den wir parlamentarisch und außerparlamentarisch streiten wollen und werden.

(Sven Knöchel)

Sowjetische Kriegsgefangene werden entschädigt Bundesregierung reagiert auf Initiative der LINKEN

Die jahrelangen Bemühungen der LINKEN, das unvorstellbare Leid der 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen und den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Entschädigung zukommen lassen, haben gewirkt: Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss am 21.5.2015, zehn Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2015 für die Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener bereitzustellen.

70 Jahre nach der Befreiung akzeptiert dadurch nun auch die Union die moralische Verpflichtung der Bundesrepublik endlich eine der größten Opfergruppen der NS-Vernichtungspolitik zu entschädigen. DIE LINKE tritt seit langem für die „vergessenen Opfer“, die im Rahmen der Entschädigung von NS-Unrecht Jahrzehnte lang leer ausgingen und zum Teil bis heute noch ausgehen, ein und hatte zuletzt durch ihren Antrag „Finanzielle Anerkennung von NS-Un-

recht für sowjetische Kriegsgefangene“ (BT-Drs. 18/3316) das Thema wieder auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt.

Am 6. Mai erinnerte auch Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum Jahrestag der Befreiung in der Dokumentationsstätte des ehemaligen Stammlager 326 (VIK) Senne, eines der größten deutschen Kriegsgefangenenlager im Zweiten Weltkrieg, an die sowjetischen Kriegsgefangenen und bezeichnete ihren Tod als „eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs“. Doch ihr Schicksal sei „nie angemessen ins Bewusstsein gekommen – es liegt bis heute in einem Erinnerungsschatten“.

Der Erfolg dieser parlamentarischen Initiative und der Kursschwenk der Union kommen dennoch überraschend. Denn noch in der Plenardebatte um den Antrag am 5. Februar 2015 hatte die ehemalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach für die CDU/CSU-Fraktion erklärt, „Russland hätte, anstatt die Ukraine zu überfallen, lieber seine noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen entschädigen sollen. Das wäre eine humane Geste gewesen, meine Damen und Herren.“

Und auch in der Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschuss am 18.5.2015 verbreitete der von der Unionsfraktion benannte Sachverständige Dr. Klaus Jochen Arnold allerlei geschichtsrevisionistische Positionen, um die Ablehnung der CDU/CSU zu begründen.

So behauptete Arnold zum Beispiel, dass „deutsche Gefangene in sowjetischer Hand in den Jahren 1941/42 eine sehr viel geringere Überlebenschance hatten als Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft.“

Auch hätte es sich „beim Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im Winter 1941/42 [...] nicht um gezieltes nationalsozialistisches Unrecht“ gehandelt. Da aber alle anderen Sachverständigen diese historisch unhaltbaren Behauptungen zurückwiesen und sich einhellig dafür aussprachen ehemalige sowjetische Kriegsgefangene als NS-Opfer anzuerkennen, stand der rechte Flügel der Union auf ziemlich verlorenem Posten.

Damit gelang der Bundestagsfraktion DIE LINKE, gemeinsam mit vielen ehrenamtlich Aktiven, engagierten Initiativen, Historikern und Journalisten, die sich

unermüdlich für die größte Gruppe der „vergessenen Opfer“ eingesetzt haben, nach der Rehabilitierung der so genannten „Kriegsverräter“ im Jahr 2009 und der damit verbundenen Anerkennung des Widerstands der „kleinen Leute“, also der Würdigung derer, die sich der Fortsetzung des verbrecherischen Krieges mit ihren Mitteln widersetzt haben, erneut ein wichtiger parlamentarischer Erfolg auf dem Gebiet der Geschichtspolitik.

Dies können die anderen Fraktionen, allen voran die Union, aber offenbar nur schlecht akzeptieren. Einen entsprechenden interfraktionellen Antrag durfte DIE LINKE auf Betreiben der Koalition nicht miteinbringen. Diese ideologisch motivierte Ausgrenzung gerade derjenigen Fraktion, die seit vielen Jahren beharrlich auf die Situation der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen hingewiesen und ihre Entschädigung gefordert hat, ist nicht nur extrem schlechter Stil, sondern dem Anlass und Thema völlig unangemessen.

DIE LINKE erwartet, dass jetzt schnell und unbürokratisch gehandelt wird, damit die Entschädigung wenigstens noch die wenigen hochbetagten Überlebenden erreicht und alle im Bundestag vertretenen Fraktionen dabei an einem Strang ziehen.

In den kommenden Monaten muss sich der Bundestag auch der Frage stellen, wie die Erinnerung an die Opfer des Vernichtungskrieges aus dem „Erinnerungsschatten“ ans Licht geholt und dauerhaft in der Gesellschaft verankert werden kann.

Wir sind es den Opfern schuldig.

Jan Korte,
stellvertretender Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE.



Wie hältst du es mit Regierungsbeteiligungen?

Die Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt stellt die LINKE vor eine Entscheidung: Regierungsbeteiligung oder weiterhin Oppositionspartei? Der Landesvorstand der LINKEN in Sachsen-Anhalt scheint die Frage bereits beantwortet zu haben: Er will regieren und den nächsten linken Ministerpräsidenten stellen. Wir sehen das anders.

Drei Thesen, drei Antworten:

„Besser die LINKE ist in der Regierung als andere!“

Die LINKE als Koalitionspartnerin hat nur begrenzten Handlungsspielraum, da die politisch freien Finanzmittel lediglich einen kleinen Teil des Gesamtbudgets ausmachen. Außerdem ist unter den Bedingungen der Schuldenbremse hauptsächlich Elend zu verwalten. Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat gezeigt: Die LINKE trägt Kürzungen im Hochschulbereich mit - trotz zahlreicher Proteste. Braunkohle wird abgebaut und damit der Raubbau an der Natur fortgesetzt - trotz gegenteiliger Beschlusslage der Bundespartei. Die LINKE schiebt Menschen ab – der winterliche Abschiebestopp in Thüringen bleibt Symbolpolitik. Wo die Genoss*innen guter Wille trieb, mussten sie Kompromisse eingehen, die unseren Idealen widersprechen. Symbolpolitik ist in einer Landesregierung durchaus möglich, grundlegende gesellschaftliche Veränderung nicht!

„Wir müssen aufhören, der SPD immer dasselbe vorzuhalten.“

Die SPD ist nicht links. Es reicht, sich die letzten paar Monate ins Gedächtnis zu rufen: Tarifeinheitsgesetz, Anti-Griechenlandhetze, Auslandseinsätze, Abschiebungen, Vorratsdatenspeicherung und das Vorantreiben des TTIPs. Antimanzipatorisch ist nicht nur die Politik der SPD-Funktionäre. Eine große Mehrheit der SPD-Basis stimmte nach der Bundestagswahl für eine Große Koalition, obwohl rot-rot-grün möglich gewesen wäre. In Sachsen-Anhalt schloss die SPD bereits aus, unter einem linken Ministerpräsidenten in eine Koalition einzutreten. Wir müssen aufhören, uns die SPD links zu reden, sie ist kein Partner für linke Politik.

„Wir dürfen Regierungsbeteiligungen nicht generell ablehnen“

Wir lehnen Regierungsbeteiligungen nicht generell ab. Wir kommen nach einer Analyse vergangener Regierungen und gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nur zu einem anderen Ergebnis. Syriza in Griechenland zeigt, dass es unter gewissen Bedingungen sinnvoll sein kann, in eine Regierung einzutreten. Griechenland zeigt aber auch die Grenzen linken Regierens. Die LINKE ist von Wahlergebnissen wie denen Syrizas weit entfernt. Die Kräfteverhältnisse unter Schuldenbremse und Kürzungspolitik liegen schlecht für grundlegende gesellschaftliche Veränderung. Genauso, wie man nicht generell gegen Regierungsbeteiligungen sein sollte, sollte man auch nicht generell für Regierungsbeteiligungen sein, sondern die Antwort auf die Frage kann nur Ergebnis einer Analyse sein. Der Staat ist keine neutrale Institution, sondern er zwingt linke Politik in den Rahmen der bestehenden Verhältnisse, lässt sie nur nach dem Machbaren fragen und nicht nach dem Unmöglichen greifen.

Fazit

Um was für eine Verantwortung handelt es sich eigentlich bei der berüchtigten „Regierungsverantwortung“? In Sachsen-Anhalt findet dazu seit Jahren ein einseitiger Diskurs statt, in dem bereits festzustehen scheint, dass LINKE und SPD nach der Landtagswahl koalieren. Eine LINKE sollte unserer Meinung nach mehr sein als ein Karrieresprungbrett. Es kommt darauf an, außerparlamentarischen Widerstand gegen Austeritätspolitik, Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen und nicht selbst in einer Regierung den Rotstift zu schwingen. Wir wollen eine Regierungsbeteiligung nicht prinzipiell ausschließen. Kompromisse dürfen aber nur in der Schrittlänge, nicht in der Schrittrichtung getroffen werden. Die LINKE braucht rote Haltelinien für Regierungsbeteiligungen. Eine LINKE, die ihre Grundsätze für die Teilhabe an einer Regierung über Bord wirft, hat ihre Daseinsberechtigung verloren!

Von Vincent S., Anika Z., Florian F., Judith H., Christian A. und Anne G.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juli Geburtstag haben.



Petra Pau

GOTTLOSE TYPE



In nunmehr 16 Jahren Mitgliedschaft im Parlament hat Petra Pau viel erlebt, das sie hier in Anekdoten erzählt. Eher heitere, wenn sie auf dem Weg zu einem Fototermin beinahe im Gefängnis landet oder die verbannte Clara Zetkin in den Reichstag holt. Eher ernste, wenn sie das Inkrafttreten von „Hartz IV“ oder die Gefühle bei einem Besuch in der Kölner Keupstraße nach dem NSU-Desaster schildert. Hinzu kommen überraschende Geschichten, etwa über ihren Sieg beim großen Bibel-Test im ZDF oder über seltsame Freundschaften mit MdB der CSU und der FDP.

Buchlesung mit der Autorin Petra Pau (MdB)

**im Stadthaus Halle, Großer Saal
06108 Halle/ Saale, Marktplatz 2**

am Donnerstag, dem 20.08.2015, 18 Uhr

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
SACHSEN-ANHALT**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
DIELINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345/20255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spenderbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
04.07.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.08.2015

Informationen und Veranstaltungen des BBZ „lebensart“ e. V.

Vorbereitungen zum CSD Halle (Saale) 2015 laufen auf Hochtouren

Unter dem Motto „Vielfalt für (H)alle - Gleichstellung durchsetzen, Akzeptanz leben!“ laden das BBZ „lebensart“ und die AIDS-Hilfe Halle zum diesjährigen Christopher Street Day in Halle ein. Die Schirmherrschaft hat Dr. Bernd Wiegand, Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), übernommen. Das Straßenfest findet am 12. September 2015 auf dem Marktplatz statt. Auch wird es wieder eine CSD-Warm-up-party, eine interessante CSD-Woche und Abschlussparty geben.

Alle bislang feststehenden Informationen sind online gestellt: <http://csdhalle.de/>

Lesung aus dem Roman „Luna“ von Julie Anne Peters

Freitag, 17. Juli 2015, 19 Uhr im BBZ „lebensart“ e. V.

Que(e)r gelesen, die Lesungsreihe des BBZ „lebensart“ e. V. geht in die siebte Runde. Dieses Mal steht die Thematik Transsexualität im Mittelpunkt. Liam lebt zwei Identitäten. Tagsüber lebt er die Rolle des zielstrebigem Schülers und Mädchenschwarms. Nachts aber verwandelt er sich mit Hilfe von Perücken und Kleidern in Luna. Seine jüngere Schwester Regan ist die Einzige, die über sein Doppelleben informiert ist und unterstützt ihren Bruder so sehr sie kann. Doch diese Unterstützung belastet sie auch sehr und während sie versucht sich ein Leben, dass ihren Vorstellungen entspricht, aufzubauen, entschließt sich Luna für eine geschlechtsangleichende Operation und outet sich bei ihrer Familie und ihren Freunden. Als dies passiert, bricht über Regan und Luna die Hölle auf Erden aus... Die faszinierende Geschichte von Luna und ihrer Schwester Regan wird von Kristin Grube, einer Ehrenamtlerin des BBZ „lebensart“, vorgestellt. Der Eintritt zur Lesung ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Mitgliederversammlung

OV Mitte

Termin 21.07.2015 ab 18 Uhr im Linken Laden (Leitergasse 4)

Der Sprecher*innenrat des Ortsverband Mitte lädt alle Mitglieder und Interessierte ganz herzlich zum nächsten Ortsverbandstreffen ein. Auch diesmal sind verschiedene inhaltliche Punkte geplant:

1. Unsere Stadträtin Elisabeth Nagel wird uns einen Überblick über die Stadtpolitik geben (Verhältnis OB und Stadtrat, Planungen zum Riebeckplatz und zur Merseburger Straße)
2. Unsere Sprecherin Anika Zorn wird eine Einführung in ein neues Gutachten zu Emil Abderhalden geben.
3. Unsere Sprecherin Anne Geschonneck wird die Bundeskampagne „Das muss drin sein“ kurz vorstellen und Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung aufzeigen
4. Dann wollen wir noch gerne als Abschluss alle Kandidat*innen für die Direktwahlkreise in denen wir Mitglieder haben, einladen um sich vorzustellen (in Anbetracht der Zeit versuchen wir das als gemütlichen Abendausklang zu gestalten)

Alle Interessierten und Mitglieder sind dazu herzlich eingeladen.

Der Sprecher*innenrat (Anika, Anne, Bartłomiej, Dirk, Sarah, Vincent)

Totgesagte leben länger

Es stand in Rede, dass die AG Wirtschaft im AK der Stadtratsfraktion aufgehen sollte.

Der Buschfunk hatte es in Windeseile verbreitet, ehe wir uns darüber verständigen konnten. Wir sind aber am Freitag zu dem Ergebnis gekommen, dass wir weitermachen wollen, da wir ja mehr besprechen als kommunale Fragen. Aber die Einladungen für den AK der Fraktion werden an die AG Mitglieder weitergeleitet, damit Jeder oder Jede selbst entscheiden kann, ob diese Fragen für sie oder ihn interessant sind. Denn selbstverständlich wollen wir mit der Fraktion zusammenarbeiten. Wir haben uns zum nächsten **Treffen, am 31.07.15 um 18 Uhr im E.-Haackel-Weg 5**, vorgenommen, das Wahlprogramm für die Landtagswahl zu besprechen. Natürlich vor allem den Wirtschaftsteil, aber auch Verkehr und Umwelt sind wichtig. Dazu sind alle Interessenten eingeladen. Diejenigen, die nicht kommen können, würden uns Allen einen großen Gefallen tun, wenn sie Ihre Überlegungen bei mir, unter der Mail-Adresse: **uwe.koeck@ewt-net.de**, „abladen“ würden, damit keine Idee verloren geht.

Bis dahin genießt den Sommer

Eure

Frigga Schlüter-Gerboth